



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/186 - 16. August 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0986890

Hinweise auf den Inhalt:

Friedensburg über Adenauer	S. 1
Zwei Entscheidungen von weltweiter Bedeutung	S. 3
Als der CDU-Kandidat Werner in Gehrden war...	S. 4
Unzulässig	S. 6
Entschliessung der SPD zur Bundestagswahl	S. 7
Verschärfung im Wahlkampf	S. 9

Rheinische Schatten

Von Ludwig Metzger, MdB.

Mit konstanter Bösartigkeit wiederholt Bundeskanzler Dr. Adenauer seinen Satz, dass der Untergang Deutschlands gekommen sei, wenn die Sozialdemokratie am 15. September siege. Die Behauptung ist so unsinnig, dass sie von keinem denkenden Menschen ernst genommen wird. Dass sie aber von einem Mann, der von sich behauptet, er sei der Garant für die demokratische Existenz unseres Volkes, aufgestellt wird, muss mit höchster Besorgnis erfüllen. Dieser Mann muss sich gefallen lassen, dass man ihn auf die Stichhaltigkeit seiner Worte hin prüft.

Gerade dieser Tage ist mir nun wieder einmal ein Buch in die Hände gefallen, das interessante Hinweise gibt. Es ist betitelt "Die Weimarer Republik" und ist geschrieben von Ferdinand Friedensburg, Regierungspräsident aus der Weimarer Zeit und derzeit Bundestagsabgeordneter der CDU. Friedensburg ist also ein nicht x-beliebiger Parteifreund des Herrn Dr. Adenauer. Das Buch ist im März 1934 abgeschlossen worden, konnte aber nicht mehr gedruckt werden. Friedensburg hat es aber für aktuell und bedeutungsvoll genug gehalten, um es mit einem Vorwort vom Juli 1945 im Jahre 1946 in Berlin bei Carl Habel, Verlagsbuchhandlung, erscheinen zu lassen.

Ein besonderer Abschnitt trägt die Überschrift "Rheinlandbesetzung und Separatismus". Auf Seite 113 ist zu lesen:

"Die ersten Bestrebungen auf Änderung der staatsrechtlichen Stellung der Rheinlande machten sich bald nach dem Einmarsch der Besatzungsmächte im Dezember 1918 an zahlreichen Orten geltend, zunächst ohne jede Andeutung revolutionärer Absicht. Am 4. Dezember beschlossen zwei grosse Versammlungen von

Zentrumsanhängern in Köln baldige Proklamierung einer zum Deutschen Reich gehörigen rheinisch-westfälischen Republik; bekannte Politiker: Trimborn, Froberger, Kattert, Adenauer und andere waren in der Bewegung führend. Die Sozialdemokratische Partei, entschieden ^{aus} entschieden unitarisch gerichtet, unterstützt namentlich von der Deutschen Volkspartei, der einflussreiche Industrielle angehörten, leistete heftigen Widerstand..."

Es wird dann weiter geschildert, wie der Weg des Putsches beschritten worden ist, da unter den gegebenen Umständen für Frankreich eine gewaltlose Verwirklichung der Rheinpläne nicht zu erwarten war. Die finsternen Tage, da die "Rheinische Republik", in der Pfalz die "Pfälzische Republik" im Verbands der Rheinischen Republik ausgerufen worden ist, werden ins Gedächtnis zurückgerufen. Aber auch der mutige Widerstand der Bevölkerung wird gezeigt. Dann schreibt Friedensburg auf S. 121:

"Wahrscheinlich hatte die ernsteste Gefahr jener Jahre gar nicht in den Putschen bestanden; im Gegenteil, die Minderwertigkeit der Beteiligten und ihre offenkundige Begünstigung durch Frankreich und Belgien haben den Rheinstaatgedanken in den Augen der Bevölkerung nur kompromittiert. Nach dem Zusammenbruch des deutschen Widerstandes im Ruhrkampf war aber zeitweilig die Bildung eines von Deutschland mehr oder weniger losgelösten, von Frankreich abhängigen Rhein-Ruhr-Staates in bedenkliche Nähe gerückt. ... Auch führende Männer, an deren deutscher Gesinnung Zweifel nicht möglich sind, wie Adenauer, Louis Hagen, Stinnes, Jarres, strebten auf verschiedenen Wegen Lösungen an, die das Reich zeitweilig von der untragbaren Last befreien, den besetzten Gebieten aber im Einvernehmen mit der übermächtigen Gewalt der französischen Bajonette ein zeitweiliges Sonderdasein ermöglichen sollten."

Es wird weiter dargelegt, wie "in den letzten Monaten des Unglücksjahres 1923 das eigentlich schon besiegelte Verhängnis aufgehalten" worden ist. Der Gedanke an eine Abtrennung von Reich wäre den meisten Beteiligten auch für kurze Zeit unerträglich gewesen. Der preussische Ministerpräsident Braun, Stresemann werden genannt. Und dann heisst es wörtlich:

"Starke Teile in der Bevölkerung im besetzten Gebiet selbst, vor allem die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften aller Richtungen, blieben fest."

Wieder einmal hatte sich gezeigt, dass die Sozialdemokratie zur Stelle war, wenn es darum ging, um den Bestand des Reiches zu kämpfen. Wer wagt es zu behaupten, dass ihr Sieg und ihr Wirken den "Untergang Deutschlands" bedeute?!

* * *

Überraschende Beschlüsse

Von unserem diplomatischen Dr.X.B. - Mitarbeiter -

Zwei aussenpolitische Ereignisse der letzten 48 Stunden sind geeignet, die Welt aufhorchen zu lassen. Trotz des pathetischen Appells Präsident Eisenhowers, das amerikanische Auslandhilfsprogramm nicht zu kürzen, hat das Repräsentantenhaus die von der Regierung geforderten Mittel um rund vier Milliarden DM gekürzt. Der tiefere Grund dieses Beschlusses liegt in der wachsenden Erkenntnis der amerikanischen Industrie, dass nicht "Dollarspritzen", sondern die Ausweitung des amerikanischen Aussenmarktes mit friedlichen Mitteln für die amerikanische Wirtschaft auf lange Sicht günstiger sein dürfte. In der Problematik der damit im Zusammenhang stehenden recht hintergründigen Diskussionen spielt natürlich auch die Frage des China-Marktes hinein, sowie die Erschliessung des afrikanischen Marktes für amerikanische Waren. Auf jeden Fall scheint die Entscheidung aber der Ausdruck des Unwillens mächtiger amerikanischer Wirtschaftskreise gegen die kostspielige Politik des Kalten Krieges und der Militärblöcke zu sein. Welche Auswirkungen die letzte Entscheidung des Repräsentantenhauses für die Popularität Eisenhowers in den USA und der Welt haben wird, ist noch nicht übersehbar.

Das zweite Ereignis ist der UNO-Beschluss, die UNO-Wirtschaftskommission für Europa erstmalig in Moskau tagen zu lassen. Wie es heisst, ist die amerikanische UNO-Delegation beim Zustandekommen dieses Beschlusses sogar initiativ gewesen. Dieser Beschluss ist ein Politikum ersten Ranges. Die Anwesenheit zahlreicher UNO-Vertreter in Moskau wird Gelegenheit zu vielen politischen Gesprächen mit den Russen bieten. Da anzunehmen ist, dass die einzelnen UNO-Delegationen zu der Tagung selbstverständlich auch eine Reihe prominenter Wirtschaftsfachleute entsenden werden, ist damit zu rechnen, dass hier in der Metropole des östlichen Machtblocks zwischen Ost und West, aber auch zwischen den neutralen Staaten, Fäden angeknüpft werden sollen, die sicher sehr bald ein neues Netz wirtschaftlicher Beziehungen im Weltmassstabe sichtbar werden lassen. Hier bahnt sich jenseits der sogenannten Militäropolitik eine Entwicklung an, die unter den sehr deutlichen Zeichen der Entspannung zwischen Washington und Moskau stehen.

Das gegenwärtige Zwischenspiel auf der Londoner Abrüstungskonferenz, der Hinweis Sorins darauf, dass seine Forderung zur Aufgabe westlicher Stützpunkte nicht das "letzte Wort", sondern nur ein Verhandlungsgegenstand sei, lässt andererseits auf die Absicht der Russen schliessen, wieder einmal auf mehreren Klavieren zur gleichen Zeit spielen zu wollen.

Ein böser Reinfall

-dt Hannover

"Immerhin will ich mich bemühen, sachlich zu schreiben um Übertreibungen und Schönfärbereien zu vermeiden." Dieses schlichte Versprechen gab Ende Juni Ollenbauers CDU-Gegenkandidat im Wahlkreis Hannover-Süd, der 37-jährige Textilkaufmann Rudolf Werner. Er gab es schwarz auf weiss, denn Werner, von Geldsorgen nicht geplagt, hat sich in einer hannoverschen Tageszeitung allwöchentlich auf eigene Kosten eine ganze Spalte gemietet, um für sich zu werben, oder, wie er es sagte: "Wenn ich also von hier aus Ihnen meine politischen Ansichten mitteile..."

Kandidat Werner hatte vier Wochen lang nichts Aufregendes zu sagen. Das spürte er wohl selbst, darum griff er eines Tages zu stärkerem Tobak. Die Bürger von Hannover, soweit sie sich durch Werners Inserate angesprochen fühlen, sahen sich plötzlich einem erschreckenden Volksfront-Gemälde gegenübergestellt: "Am letzten Sonntagnachmittag", so konnten sie lesen, "war ich in Gehrden. In dieser von den Sozialdemokraten beherrschten Stadt fand ein Volksfest statt. Der Fussball-Klub "Lokomotive" Leipzig West 2 spielte gegen eine Gehrdener Mannschaft neben einem anderen Fussballklub aus Leipzig, etwa 200 Menschen marschierten, von einem Musikzug begleitet, hinter roten Fahnen durch die Strassen der Stadt, schliesslich hielt der SPD-Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner eine Rede..."

Was war an diesem Sonntag im "roten Gehrden", einem Städtchen vor den Toren Hannovers, wirklich passiert? Der Unterbezirk Hannover-Land der SPD hatte in Gehrden einen Bezirksparteitag abgehalten, auf dem Herbert Wehner sprach und am selben Tag sollten im Rahmen eines Sportfestes des Gehrdener Sportvereins zwei sowjetzonale Fussballmannschaften spielen. Weil sie nicht kamen, sprangen zwei westdeutsche Vereine ein. Für das schlichte Gemüt des CDU-Kandidaten aber hatten die Tatsachen, wie sie sich vor dem bewussten Sonntag darboten (dass es nachher anders kam, wusste er nicht) genügt, zu durchsichtigen Wahlzwecken einen roten Bürgerschreck zu konstruieren.

Die SPD hatte nicht notwendig, Herrn Werners Bemühen, "Übertreibungen und Schönfärberei zu vermeiden", ins rechte Licht zu setzen. Das besorgte eine neutrale Stelle: der Kreissportbund Hannover-Land, der dabei dem Aspiranten auf Bundestagssekret eine gesamtdeutsche Belehrung

erteilte.

In einer Erklärung des Kreisportbundes wurde klargestellt, dass weder der Gehrdenener Sportverein am SPD-Parteitag beteiligt war, noch dass Fussballmannschaften aus der Sowjetzone in Gehrden gespielt hätten. Die Sportler, so wurde Werner dann belehrt, "sind stolz darauf, dass sie es fertiggebracht haben, wenigstens im sportlichen Leben alle Deutsche an einen Tisch zu bringen... Solche Bemühungen sollten ...nicht durch falsche Unterstellungen, wie es hier von einem CDU-Bundestagskandidaten versucht wird, erschwert werden."

Werners Erwiderung in Form eines Inserates war dürftig: "Ich bedauere, dass ich nicht über die Absage der Mannschaften aus Mitteldeutschland informiert war." Aller andere Wortschwall der Erwiderung kann nicht vergessen lassen, dass Werner seine letzte inserierte Epistel mit dem Satz begonnen hatte: "Am letzten Sonntagnachmittag war ich in Gehrden.."

Zum Leidwesen der CDU hat sich der Vorsitzende des Landessportbundes der Gehrdenener Erklärung angeschlossen. Darin steht auch der Satz: "Die Turner und Sportler warnen jeden Politiker, ganz gleich welcher Richtung, den Sport in die Wahlkampfmethoden seiner Partei einzubeziehen."

* * *

"Anudis Paviane"

sp - Die Bevölkerung von Gummersbach-Bergneustadt hat ihren besonderen Wahlschlager. Zur Zeit gastiert dort der Zirkus Brumbach. Grosse Plakate verkünden das Auftreten von "Anudis Paviane". Nach dem Motto "kleb' so lang du kleben kannst" bepflastert die CDU alle Plakatflächen mit den Bildern ihres unvergleichlichen Führers Konrad Adenauer. Auch das Bild des kleineren Dresbach, des Wahlkreiskandidaten, wird geklebt. Aber entweder war die Nacht zu dunkel oder in der Hitze des Gefechtes hatte man die "strategische Lage" nicht vollkommen überschaut - jedenfalls freuen sich jetzt die Einwohner von Gummersbach-Bergneustadt darüber, dass unter Adenauers auf Jugend retouschiertem Kopf und dem etwas verlegten dreinblickenden MdB Dresbach in grossen Lettern zu lesen steht:

"Anudis Paviane".

* * *

- 6 -

Unzulässig

sp- Seit 10 Tagen sprechen die Parteien über den Rundfunk zu den Wählern vom 15. September. Diese Sendungen laufen unter der ausschliesslichen Verantwortung der Parteien. Auf diese Tatsache weist der Rundfunk in An- und Absage jeder Wahlsendung ausdrücklich hin. Um auch das letzte Missverständnis auszuschliessen, wird gleichzeitig betont, dass der Rundfunk sich nicht mit den in der Sendung geäusserten Ansichten identifiziert.

Warum fehlte diese Distanzierung aber in der Absage der Wahlsprache, die Dr. Adenauer am 13. 8. über den WDR hielt? Haben wir es hier mit einer typisch Freud'scher Fehlleistung, geboren aus dem Untertanengeist eines Sprechers, dem eine Distanzierung von Adenauers Ansichten nicht über die Lippen wollte, zu tun, oder gelten für die Ausführungen des CDU-Vorsitzenden beim Rundfunk besondere Spielregeln?

Die Vermutung, dass bei den Wahlsendungen mit zweierlei Mass gearbeitet wird, liegt auch sonst nahe. Der WDR gestattete es der CDU, eine ihrer Wahlsendungen mit einer Fanfare im bekannten Stil der Hitler'schen Sondermeldungen einzuleiten. Er tat dies, obgleich eine Vereinbarung zwischen den Parteien und dem Rundfunk ausdrücklich bestimmt, dass nur Wortsendungen gebracht werden dürfen.

Fast alle Politiker, die bisher zur Wahl sprachen, können ihren Namen/mannigfache Titel voraussetzen. Vernünftigerweise verzichtet der Rundfunk in An- und Absage auf die Nennung aller Amtsbezeichnungen und stellt die Sprecher nur mit ihren Namen vor. Lediglich Dr. Adenauer bleibt für den Rundfunk "der Bundeskanzler". Warum eigentlich? Hier wirbt der CDU-Vorsitzende um die Wähler. Es ist unverständlich, dass der Rundfunk es ihm gestattet, sich in der Wahlpropaganda auf ein Amt zu berufen, das zur Uterparteilichkeit verpflichten sollte.

* * *

S i c h e r h e i t f ü r a l l e

Die führenden Körperschaften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Parteivorstand, Kontrollkommission, Parteiausschuss und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion haben am 15. August 1957 in ihrer letzten gemeinsamen Konferenz vor der Bundestagswahl folgenden Appell an die deutschen Wählerinnen und Wähler gerichtet:

"Am 15. September fällt die Entscheidung. Wer CDU/CSU wählt, der riskiert:

dauernde Einparteiherrschaft,
Teuerung und Inflation,
endgültige Spaltung unseres Vaterlandes,
Atombomben und Atomtod.

Wer S P D wählt, der sichert:

stabile Preise, stabile Währung,
Wiedervereinigung in Freiheit,
Atomkraft nur für den Frieden.

So ist die Lage aller Verfälschung zum Trotz. Darum muss die CDU/CSU-Mehrheit gebrochen und ihre Regierung beseitigt werden.

Adenauers Unwahrhaftigkeit und Intoleranz vergiften und spalten unser Volk.

Zweimal schon ging Deutschland den Weg in Krieg und Katastrophe. Der Altersstarrsinn dieses Kanzlers und seine Rüstungspolitik dürfen uns nicht zum dritten Mal in das Unglück stürzen.

Die CDU-Herrschaft in Bonn und das SED-Regime in Pankow leben beide von der Spaltung Deutschlands. Deshalb sind die kommunistischen Parolen aus Moskau und Pankow Wahlhilfe für die CDU.

Die Massenbewegung der deutschen Sozialdemokratie war, ist und bleibt das Bollwerk gegen den Kommunismus.

Die Sozialdemokratie hat seit 1945 bewiesen, dass sie über eine

Mannschaft im Aufbau bewährter Persönlichkeiten verfügt, die unsere Geschicke lenken und uns vom Abgrund weg in Sicherheit führen.

Die SPD will, dass die Wirtschaft allen Menschen dient. Adenauers Alleinherrschaft hat 15 % der Bevölkerung 93 % des neuen Reichtums zugeschanzt. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung sichert die Entwicklung und freien Wettbewerb. Sie wird Eigentum und Verbraucher vor dem Missbrauch wirtschaftlicher Macht schützen.

Die Sozialdemokratie will die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit. Eine von ihr geführte Regierung wird in Verbindung mit den Westmächten ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem vorschlagen, in dem alle Partner mit gleichen Rechten und Pflichten ihren Beitrag leisten werden. Nur eine solche Politik schafft Sicherheit für ganz Deutschland und für Europa.

Mit ganzer Kraft wird die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung um jeden Fortschritt auf dem Wege zur allgemeinen, kontrollierten Abrüstung kämpfen. Sie wird die allgemeine Wehrpflicht abschaffen.

Die SPD fordert die Einstellung der Atombombenversuche. Sie verlangt ein Abkommen, das die Lagerung atomarer Waffen in beiden Teilen Deutschlands verhindert und in Europa einen atomwaffenfreien Raum schafft.

Die Welt befindet sich am Beginn der zweiten industriellen Revolution. In dieser Lage sind die Förderung der Wissenschaften, der Ausbau des allgemeinen Schulwesens und die Förderung aller begabten jungen Menschen unseres Volkes eine grosse nationale Aufgabe.

Die Adenauerregierung kann die Forderungen der Zeit nicht begreifen. Sie muss beseitigt werden, wenn Freiheit und Demokratie leben sollen.

Die Entscheidung liegt beim Wähler.

Der Sieg der Sozialdemokratie verbürgt ein Leben in

S i c h e r h e i t f ü r a l l e !

* * *

- 9 -

CDU in die Verteidigung gedrängt

sp - "as durch die hemmungslosen Ausfälle des Bundeskanzlers fällig war, ist am Donnerstag nun geschehen. Die Sozialdemokratie hat zum Gegenschlag ausgeholt. Die CDU wurde in die Verteidigung gedrängt. Das Gestammel des Bundeskanzlers auf die Offensive der Sozialdemokratie belegt vor aller Welt, wie schwer er und seine Partei sich durch die Feststellungen der größten Oppositionspartei getroffen fühlen.

Schon wurden Stimmen des Bedauerns über die Verschärfung des Wahlkampfes laut. Ihnen ist zu antworten: Was gälte eine Opposition, die in Lebensfragen des Volkes, wo es um das Schicksal aller geht, auf der Stelle treten würde, die nicht den Mut fände, auch harte Wahrheiten auszusprechen? Auf das Aussprechen von Wahrheiten kommt es doch an. Der Bundeskanzler und seine Partei kennen keine Hemmungen, um der Erhaltung der Macht willen treiben sie ein frevelhaftes Spiel, verschleiern sie die Wirklichkeit. Sie stützen sich in der Täuschung des deutschen Volkes auf berüchtigte Vorbilder. Vor 1933 rief die Sozialdemokratie den Deutschen zu, wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Ihre Warnung konnte das unselige Verhängnis nicht aufhalten. Die Gegenkräfte waren stärker. Furchtbar bekam das deutsche Volk das Wirken dieser Kräfte zu spüren.

Heute sagt die Sozialdemokratie, wer Adenauer und seine Partei wählt, entscheidet sich für dauernde Einparteierrschaft, Teuerung und Inflation, für die endgültige Spaltung unseres Vaterlandes, für Atombomben und Atortod.

Sie sagt dies und muss es sagen, weil sie als eine in unserem Volk tief verwurzelte Partei dazu verpflichtet ist. Eine lebendige, kraftvolle, höchste Aktivität ausstrahlende Sozialdemokratie ist die denkbar beste Stütze für die Entwicklung zum inneren und besseren Frieden, für die Sicherung von Freiheit und sozialem Fortschritt.

Im zwölften Jahr nach dem Zusammenbruch steht die deutsche Sozialdemokratie wieder im schärfsten Kampf mit den gleichen Strömungen und Kräften in der deutschen Politik, die so unheilvolle Spuren hinterlassen haben. Es hat keinen Sinn, sich darüber noch Illusionen hinzugeben. Mit Santhandschuhen kann man keine Tatbestände ändern. Dazu gehört schon mehr. Dazu gehört vor allem die Entschlossenheit, in Lebensfragen des Volkes hart zu bleiben. Die Sozialdemokratie betrachtet - und sie steht hier nicht allein - die Fortsetzung der Politik des Bundeskanzlers als ein nationales und europäisches Unglück, sie sieht in der CDU, die sich immer mehr zu einer totalitären Staatspartei entwickelt, das Sammelbecken aller dem Fortschritt und dem Frieden abgewandten Strömungen. Der Ernst dieser Auseinandersetzungen verdrängt keine Halbheiten, er bestimmt das Klima eines Wahlkampfes, von dessen Ausgang die Zukunft der jetzigen und nachfolgenden Generationen abhängt.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel